

N I E D E R S C H R I F T

4. Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Dienstag, 02.06.2015

Sitzungsbeginn: 18:05 Uhr

Sitzungsende: 20:00 Uhr

Ort, Raum: Raum Nr. 102, 1. Etage (großer Sitzungssaal)

Frau Stv. Birgit Graf - SPD-Fraktion

Frau Stv. Sandra Niedermaier - SPD-Fraktion

Herr Stv. Ingo Boehm - CDU-Fraktion

Frau Alexandra Brandt - CDU

Herr Stv. Friedel Wirtz - GRÜNE-Fraktion

Frau Hildegard Breuer - Sozialdienst kath. Frauen

Vertretung für: Frau Eva Maria Derichs

Herr Matthias Feilen - Arbeiterwohlfahrt

Herr Armin Carduck - Diakonisches Werk im Kirchenkreis Aachen

Frau Sabine Crampen - Förderkreis Kinder/Familien

Herr Stephan Spaltner - Stadtverwaltung, Dezernat II

Vertretung für: Herrn Bürgermeister Alfred Sonders

Herr Manfred Schmidt - FG 3.2

Vertretung für: Herrn Herbert Heinrichs

Frau Miriam Herty - Landgericht Aachen

Frau Anne Schneider-Dahmen - Gesundheitsamt

Frau Anja Herten - Kirchengemeindeverband Alsdorf

Herr Christian Sachse - Evang. Kirchengem. Alsdorf-Mitte

Frau Rosemarie Kolberg - AG Jugendhilfe Alsdorf

Frau Petra Odenbreit - IGBCE

Herr Frank Oehler - Jobcenter Städteregion Aachen

Abwesend waren:

Herr Stv. Bruno Borrmann - SPD-Fraktion

Entschuldigt

Frau Eva Maria Derichs - Sozialdienst kath. Frauen

Entschuldigt

Herr Alfred Sonders - Stadtverwaltung

Entschuldigt

Herr Herbert Heinrichs - FG 3.2

Entschuldigt

Frau Sandra Gorontzi - Bundesagentur für Arbeit

Entschuldigt

Frau Astrid Petry - Vertreterin der Schulen

Entschuldigt

Herr Peter Arz - Polizeipräsidium Aachen

Entschuldigt

Herr Abdeslam Salami -

Entschuldigt

T a g e s o r d n u n g:

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
Vorlage: 2015/0187/1.1
2. Abbestellung eines Schriftführers für die Sitzungen des Jugendhilfeausschusses des Rates der Stadt Alsdorf
Vorlage: 2015/0061/3.2
3. Fragestunde für Einwohner
Vorlage: 2015/0188/1.1
4. Bericht der Verwaltung
Vorlage: 2015/0189/1.1
5. Pflegekinderdienst und Erziehungsstellen
hier: Tätigkeitsbericht und Darstellung der Vernetzung und Kooperation mit den Jugendämtern in der Städteregion Aachen
Vorlage: 2015/0062/3.2
6. Organisation und Aufgaben des Fachgebietes Jugend
Vorlage: 2015/0079/3.2
7. Soziale Dienste
Rahmenvereinbarung der Städte und Gemeinden in der Städteregion Aachen, der Städteregion Aachen, der Bundesagentur für Arbeit und dem Jobcenter der Städteregion Aachen
hier: Zusammenarbeit unter dem Namen Jugendberufsagentur
Vorlage: 2015/0216/3.2
8. Anerkennung als freier Träger der Jugendhilfe
hier: Antrag des "GO better" sozialtherapeutische Jugendarbeit e.V. vom 11.02.2015
Vorlage: 2015/0217/3.2
9. Kindertageseinrichtungen im Stadtgebiet
hier: Durchführungsvereinbarung Stadt Alsdorf ./. GSG GS zur Errichtung einer vierten Gruppe am städt. Familienzentrum Kellersberg
Vorlage: 2015/0259/3.2
10. Haushaltssatzung der Stadt Alsdorf nach NKF für das Haushaltsjahr 2015/2016 und Finanzplanung für die Jahre 2015 - 2021
hier: Vorberatung des Etat-Entwurfes der öffentlichen Jugendhilfe
Vorlage: 2015/0221/3.2
11. Anfragen und Mitteilungen
Vorlage: 2015/0190/1.1

12. Rückerstattung von Elternbeiträgen
hier: Kita-Streik
Vorlage: 2015/0260/3.2

Protokoll:

Öffentlicher Teil:

zu 1 **Eröffnung der Sitzung**
Vorlage: 2015/0187/1.1

Protokoll:

Der stellv. Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses, Herr Stv. Friedel Wirtz (GRÜNE-Fraktion), begrüßt die Sitzungsteilnehmer und ebenso die Zuhörer, den Vertreter der Presse und die Mitarbeiter/-innen der Verwaltung (Herrn Dezernenten Spaltner, Dez. II, vom FG 3.2 – Jugend, Herrn Schmidt, Herrn Raida, Frau Weller, Frau Strack sowie Frau Dehos, FG 1.1 – Büro des Rates).

Des Weiteren teilt er mit, dass Herr Stv. Borrmann, SPD-Fraktion und Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses, heute krankheitsbedingt fehle und er dafür stellvertretend den Vorsitz übernehmen werde.

Anschließend stellt der stellv. Vorsitzende, Herr Stv. Wirtz, fest, dass die Einladung, zur heutigen Sitzung des Jugendhilfeausschusses allen Beteiligten form- und fristgerecht zugegangen ist. Des Weiteren stellt er die Beschlussfähigkeit des Jugendhilfeausschusses fest.

Die Verwaltung schlägt vor, den

TOP 9: Kindertageseinrichtungen im Stadtgebiet hier: Durchführungsvereinbarung Stadt Alsdorf ./ GSG GS zur Errichtung einer vierten Gruppe am städt. Familienzentrum Kellersberg

vom öffentlichen in den nichtöffentlichen Teil zu verschieben.

Herr Feilen, AWO, schlägt vor die Tagesordnung um den Punkt

Rückerstattung von Elternbeiträgen;
hier: Kita-Streik

zu erweitern.

Der stellv. Vorsitzende, Herr Stv. Wirtz, stellt die Tagesordnung mit den vorher genannten Änderungen zur Abstimmung. Diese wird einstimmig angenommen.

Herr Feilen, AWO-Ortsverband Mariadorf-Hoengen, meldet drei Anfragen und Herr Stv. Boehm, CDU-Fraktion, meldet eine Anfrage für den öffentlichen Teil der Sitzung an.

Nunmehr stellt Herr Stv. Wirtz, stellv. Vorsitzender, die Frage, ob sich ein Mitglied des Jugendhilfeausschusses zu einem der Tagesordnungspunkte der heutigen Sit-

zung für befangen erklärt. Herr Stv. Boehm, CDU-Fraktion, erklärt sich zu TOP 8 „Anerkennung als freier Träger der Jugendhilfe hier: Antrag des "GO better" sozialtherapeutische Jugendarbeit e.V. vom 11.02.2015“ für befangen.

zu 2 Abbestellung eines Schriftführers für die Sitzungen des Jugendhilfeausschusses des Rates der Stadt Alsdorf
Vorlage: 2015/0061/3.2

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Abbestellung von Herrn Josef Jordans als Schriftführer für seine Sitzungen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

zu 3 Fragestunde für Einwohner
Vorlage: 2015/0188/1.1

Protokoll:

Es wurden keine Fragen von Einwohnern gem. § 17 der Geschäftsordnung zu den Punkten der öffentlichen Sitzung gestellt.

zu 4 Bericht der Verwaltung
Vorlage: 2015/0189/1.1

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung über die Durchführung der in der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses gefassten Beschlüsse sowie über die noch nicht ausgeführten Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

zu 5 Pflegekinderdienst und Erziehungsstellen
hier: Tätigkeitsbericht und Darstellung der Vernetzung und Kooperation mit den Jugendämtern in der Städteregion Aachen
Vorlage: 2015/0062/3.2

Protokoll:

Frau Weller und Frau Strack, FG 3.2 - Jugend, stellen anhand einer Präsentation einen Tätigkeitsbericht der Vernetzung und Kooperation mit den Jugendämtern in der StädteRegion Aachen bezüglich der Pflegekinderdienste und Erziehungsstellen dar. Die Präsentation ist der Niederschrift als **Anlage 1** beigelegt.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einmütig.

zu 6 Organisation und Aufgaben des Fachgebietes Jugend

Vorlage: 2015/0079/3.2

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Alsdorf nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einmütig.

zu 7 Soziale Dienste

Rahmenvereinbarung der Städte und Gemeinden in der Städteregion Aachen, der Städteregion Aachen, der Bundesagentur für Arbeit und dem Jobcenter der Städteregion Aachen

hier: Zusammenarbeit unter dem Namen Jugendberufsagentur

Vorlage: 2015/0216/3.2

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einmütig.

zu 8 Anerkennung als freier Träger der Jugendhilfe

hier: Antrag des "GO better" sozialtherapeutische Jugendarbeit e.V. vom 11.02.2015

Vorlage: 2015/0217/3.2

Protokoll:

Herr Stv. Boehm, CDU-Fraktion, erklärt gemäß § 31 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) seine Befangenheit in dieser Angelegenheit.

Hiernach erklärt der Jugendhilfeausschuss gemäß § 43 Abs. 2 Ziff. 4 GO NRW einstimmig Herrn Stv. Boehm für befangen gemäß § 31 GO NRW.

Herr Stv. Boehm verlässt vor Beginn der Beratungen seinen Sitzplatz und setzt sich auf die Zuschauertribüne.

Herr Schmidt, FG 3.2 – Jugend, erläutert kurz die Vorlage. Er schlägt vor, dass in einem Jahr in einer der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses über den aktuellen Sachstand nochmals berichtet werden solle.

Herr Feilen, AWO-Ortsverband Mariadorf-Hoengen, sagt, dass ihm die Näherbringung des Vereins fehle. Er hätte gerne nähere Details über diesen Verein gewusst, bevor er dem Beschlussvorschlag zustimme. Aus diesem Grund schlägt Herr Feilen vor, den Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung abzusetzen, einen Ortstermin durchzuführen und anschließend in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses erneut darüber zu beraten und ggf. einen Beschluss zu fassen.

Herr Carduck, Diakonisches Werk, vertritt die Auffassung, dass dieser Beschluss ein rein formeller Vorgang sei. Der Verein sei einem Spitzenverband zugeordnet und erfüllt alle Voraussetzungen der Gemeinnützigkeit. Er ist der Meinung, dass der Jugendhilfeausschuss anhand dieser Vorlage nicht zu befinden habe, ob die Arbeit dort sinnvoll sei. Dies könnte später in einem inhaltlichen Bericht dargestellt werden.

Herr Spaltner, Dezernent, befürwortet den Vorschlag, einen Ortstermin zu vereinbaren und die Einrichtung zu besuchen. Gleichzeitig appelliert er an den Jugendhilfeausschuss, einen Beschluss zu fassen, da der Träger die formellen Voraussetzungen erfülle und auf eine Entscheidung unsererseits warte.

Frau Stv. Graf, SPD-Fraktion, sagt, dass ihre Fraktion für den Beschlussvorschlag stimmen werde, bittet jedoch gleichzeitig darum, dass in einer der nächsten Sitzungen des Jugendhilfeausschusses über die Arbeiten des Vereins vorgetragen werde.

Herr Stv. Wirtz, stellv. Vorsitzender (GRÜNE-Fraktion), schlägt vor den Beschlussvorschlag wie folgt zu erweitern und zu fassen:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt:

Der Anerkennung des Vereins „GO better“; Verein für sozialtherapeutische Jugendarbeit e.V.- als Träger der freien Jugendhilfe wird zugestimmt.

Der Verein wird gebeten in einer der nächsten Sitzungen des Jugendhilfeausschusses in Absprache mit der Verwaltung sein Konzept vorzustellen. Der Jugendhilfeausschuss wird versuchen die Einrichtung im Laufe des Jahres zu besuchen.

Herr Stv. Wirtz, stellv. Vorsitzender, stellt den Beschlussvorschlag, mit den vorgetragenen Änderungen, zur Abstimmung. Dieser wird einstimmig angenommen.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt:

Der Anerkennung des Vereins „GO better“; Verein für sozialtherapeutische Jugendarbeit e.V.- als Träger der freien Jugendhilfe wird zugestimmt.

Der Verein wird gebeten in einer der nächsten Sitzungen des Jugendhilfeausschusses in Absprache mit der Verwaltung sein Konzept vorzustellen. Der Jugendhilfeausschuss wird versuchen die Einrichtung im Laufe des Jahres zu besuchen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

-
- zu 9 **Kindertageseinrichtungen im Stadtgebiet**
hier: Durchführungsvereinbarung Stadt Alsdorf ./ GSG GS zur Errichtung ei-
ner vierten Gruppe am städt. Familienzentrum Kellersberg
Vorlage: 2015/0259/3.2
-

Protokoll:

Dieser TOP wurde in den Nichtöffentlichen Teil verschoben.

-
- zu 10 **Haushaltssatzung der Stadt Alsdorf nach NKF für das Haushaltsjahr 2015/2016**
und Finanzplanung für die Jahre 2015 - 2021
hier: Vorberatung des Etat-Entwurfes der öffentlichen Jugendhilfe
Vorlage: 2015/0221/3.2
-

Protokoll:

Herr Spaltner, Dezernent, schlägt vor, den Beschlussvorschlag wie folgt zu ändern:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt die Vorlage dem Rat der Stadt zur weiteren Beschlussfassung und Beratung:

Der Rat der Stadt beschließt den Haushaltsentwurf für die als Anlagen 1-3 beigefügten Bereiche für die Haushaltsjahre 2015 und 2016 und den Finanzplanungszeitraum bis 2021.

Herr Stv. Wirtz, stellv. Vorsitzender (GRÜNE-Fraktion), stellt den Beschlussvorschlag, mit den vorgetragenen Änderungen, zur Abstimmung. Dieser wird einstimmig angenommen.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt die Vorlage dem Rat der Stadt zur weiteren Beschlussfassung und Beratung:

Der Rat der Stadt beschließt den Haushaltsentwurf für die als Anlagen 1-3 (**Anlage der Originalniederschrift**) beigefügten Bereiche für die Haushaltsjahre 2015 und 2016 und den Finanzplanungszeitraum bis 2021.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

Protokoll:

Herr Stv. Boehm, CDU-Fraktion, sagt, dass sich seine Anfrage im Laufe der Sitzung erübrigt habe.

1. Anfrage des Herrn Feilen, AWO-Ortsverband Mariadorf-Hoengen:

Herr Feilen fragt nach, wie hoch die Anzahl der jugendlichen Flüchtlinge sowohl mit als auch ohne Erziehungsberechtigten in Alsdorf seien und wie diese betreut werden.

Herr Spaltner, Dezernent, teilt mit, dass derzeit ungefähr 310 Personen einen Antrag auf Asyl in Alsdorf gestellt haben. Von diesen 310 Personen seien 40 minderjährige Kinder in Begleitung von mindestens einem Familienteil. Derzeit habe die Stadt Alsdorf keine unbegleiteten Flüchtlingskinder. Herr Spaltner sagt, dass unbegleitete Flüchtlingskinder derzeit von der Stadt Aachen und der Stadt Eschweiler betreut werden. Jedoch könne es sein, dass möglicherweise zukünftig auch unbegleitete Flüchtlingskinder flächendeckend auf alle Kommunen verteilt werden.

Frau Stv. Niedermaier, SPD-Fraktion, ergänzt hierzu, dass unbegleitete Flüchtlingskinder am Standort der Bundespolizei untergebracht werden (hier: Eschweiler).

Herr Feilen sagt, dass sich seine anderen beiden Anfragen im Laufe der Sitzung erübrigt haben.

Protokoll:

Herr Stv. Wirtz, stellv. Vorsitzender (GRÜNE-Fraktion), erläutert kurz die Bedeutung des Streiks, befürwortet diesen und bittet trotz der Unannehmlichkeiten für die Eltern um Verständnis für die Streikenden.

Herr Feilen, AWO Ortsverband Mariadorf-Hoengen, teilt die Meinung von Herrn stellv. Vorsitzenden Wirtz.

Weiterhin bittet er auch um Verständnis für die Eltern, die aufgrund des Streikes ihren Tagesrhythmus umstrukturieren mussten.

Herr Feilen fände es angemessen, wenn den Eltern, dessen Kind keinen Platz in einer Notgruppe bekommen habe, der Elternbeitrag für diesen Zeitraum erstatten werde. Er informiert, dass bereits viele andere Kommunen eine Erstattung der Beiträge beschlossen haben.

Herr Feilen schlägt vor, die Rückerstattung aus den durch den Streik eingesparten Personalaufwendungen auszuzahlen. Seiner Meinung nach stelle dies demnach keinen finanziellen Mehraufwand für die Stadt Alsdorf dar.

Herr Stv. Wirtz, stellv. Vorsitzender, ist auch der Meinung, dass man die Elternbeiträge für eine nicht erbrachte Leistung erstatten müsse. Jedoch wisse er nicht, ob dies

möglich sei, da die Stadt Alsdorf derzeit einen Nothaushalt und negatives Eigenkapital habe.

Herr Spaltner, Dezernent, informiert, dass es für den Streik im Jahr 2009 eine unmittelbare Anweisung des Innenministeriums an alle Kommunen gab, wo geschrieben stehe, dass Kommunen, die sich in der Haushaltsicherung befänden, keine Elternbeiträge zurückerstatten dürfen.

Der Verwaltungsvorstand der Stadt Alsdorf sei aber einstimmig der Meinung, dass man Elternbeiträge erstatten werde, wenn alle rechtlichen Voraussetzungen geschaffen wurden. Über dieses Thema sei auch bereits die Kommunalaufsicht angeschrieben worden. In jedem Falle könne die Erstattung aber nur zugelassen werden, wenn der Haushalt von der Kommunalaufsicht genehmigt werde. Herr Spaltner sagt, dass dies voraussichtlich erst im Herbst diesen Jahres sei.

Weiterhin informiert er, dass das Essensgeld den Eltern in den Einrichtungen erstattet werde.

Frau Brandt, CDU-Fraktion, fragt nach, wie hoch die streikbedingten eingesparten Personalkosten ungefähr seien.

Herr Spaltner sagt, dass die eingesparten Personalkosten durch den Streikausfall wesentlich höher seien als die Elternbeiträge, die die Stadt Alsdorf vorhabe zurückzuerstatten.

Herr Carduck, Diakonisches Werk, spricht sich ebenfalls positiv für die Rückerstattung der Elternbeiträge aus.

Frau Stv. Niedermaier, SPD-Fraktion, möchte gerne gewusst haben, nach welchen Kriterien die Plätze der Notgruppen vergeben werden.

Herr Schmidt, FG 3.2 – Jugend, sagt, dass es keinen Kriterienkatalog gebe. Die Eltern wurden gebeten, ihre Kinder anderweitig betreuen zu lassen. Dieses Konzept sei auch bislang aufgegangen. Sollte jedoch die Situation eintreten, dass zu wenig Notfallplätze vorhanden seien, müsse man eventuell die Gruppen vergrößern und Eltern bitten, die Kinder dort mit zu betreuen.

Herr Feilen merkt an, dass einige Eltern bei einer Telefonnummer, die im Kindergarten extra für Notfallgruppen ausgehängt wurde, anriefen und mitgeteilt bekamen, dass leider keine Notfallplätze mehr zur Verfügung stehen.

Herr Schmidt sagt, dass dies nur bei der Einrichtung „Familienzentrum Annapark“ vorkam. Am Freitag sei die Stadtverwaltung Alsdorf noch davon ausgegangen, dass dort Notgruppen angeboten werden können. Dies sei später jedoch nicht der Fall gewesen, da keine Kollegen für eine Betreuung da waren, sondern von ihrem Streikrecht Gebrauch machten.

Frau Stv. Niedermaier fragt nach, wie die zu erstattenden Elternbeiträge ermittelt werden.

Herr Spaltner erklärt, dass die Verwaltung sich bereits mit dieser Problematik auseinandergesetzt habe. Demnach sei man derzeit der Meinung, dass die Beiträge auf den Tag genau errechnet werden sollen. Anspruch auf eine Erstattung haben aber nur die Eltern, die keinen Notgruppenplatz bekamen.

Er sagt, dass man davon ausgehe, dass dies einen Verwaltungsaufwand von 200 – 300 Stunden darstelle.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Verwaltung schnellstmöglich die Voraussetzung zur Rückerstattung der Elternbeiträge zu schaffen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

Alsdorf, 12.08.2015

gez. Wirtz
stellv. Vorsitzender des
Jugendhilfeausschusses

gez. Dehos
Schriftführerin